



# Gewerkschaft der Polizei

Mitglied der Union Internationale des  
Syndikats des Police

Landesbezirk Saarland

[gdp-saarland@gdp-online.de](mailto:gdp-saarland@gdp-online.de) \* [www.gdp-saar.de](http://www.gdp-saar.de)  
Fon: (0681) 811498 \* Fax: (0681) 815231

**Unterstützungsaufruf**  
Saarbrücken, 16. Mai 2003

**Die Gewerkschaft der Polizei gibt den Kampf  
gegen die Öffnungsklausel nicht auf:**

**Jetzt bitten wir die Saarländerinnen und  
Saarländer persönlich um Unterstützung!**

Saarbrücken: Die Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Saarland (GdP), gibt den Kampf gegen das Gesetzesvorhaben namens „Öffnungsklausel“ nicht auf. Zur Erläuterung: Die Politik beabsichtigt, mit diesem - derzeit in Beratungen befindlichen - Gesetz die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass auch bei den Polizeibeamtinnen und -beamten das Urlaubsgeld gestrichen und das Weihnachtsgeld empfindlich gekürzt werden kann. Dies bedeutete für die Polizistinnen und Polizisten Einkommenseinbußen von 700,- € und mehr in einem Jahr! Einen solch harten Einschnitt in den sozialen Besitzstand der Polizeibesetzten kann die GdP nicht hinnehmen.

Sehr enttäuscht ist die GdP dabei über die Haltung des saarländischen Ministerpräsidenten, Peter Müller. Dieser hatte ursprünglich den Eindruck erweckt, die saarländische Beamtenschaft und somit auch die Polizei vor diesen massiven Eingriffen, die durch den Regierenden Bürgermeister des Landes Berlin, Klaus Wowereit, angedacht worden waren, beschützen zu wollen.

Der GdP-Landesvorsitzende, Hugo Müller, erklärt hierzu: „Die Enttäuschung bei der saarländischen Polizei über das Verhalten unseres Ministerpräsidenten im Bundesrat ist riesengroß. Dass Peter Müller sich letztlich sogar mit zu den Initiatoren der sog. Öffnungsklausel aufgeschwungen hat, erschüttert das Vertrauen der Polizeibesetzten in die Landesregierung zutiefst.“

So muss sich die GdP jetzt direkt an die Öffentlichkeit wenden: In den letzten Tagen ist die GdP auf verschiedenen öffentlichen Plätzen in saarländischen

**Städten aufgetreten, um die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar über die Bedrängnis, in welche die Polizisten zu geraten drohen, zu informieren.**

**Dabei ist auch die bittere Tatsache angesprochen worden, wie zynisch bisweilen die Politik die Belange der Beamtinnen und Beamten abqualifiziert: „Regt euch doch nicht so auf! Ihr habt doch einen ‚sicheren‘ Arbeitsplatz!“**

**Deshalb hat die GdP an ihren Infoständen einen Film vorgestellt, der auf eindringliche Weise zeigt, was es bedeutet zu behaupten: „Die Polizei – ein sicherer Arbeitsplatz“. In bewegenden Bildern wird das Schicksal von Kolleginnen und Kollegen gezeigt, die im Dienst an der inneren Sicherheit auf brutale Weise getötet worden sind.**

**Hierbei möchte Hugo Müller auch daran erinnern, dass sich die saarländische Polizei bei zum Teil erheblichem Personalmangel rund um die Uhr (natürlich auch an Wochenenden und Feiertagen) über die Maßen einsetzt: „Wir dürfen nicht vergessen, dass die Personalstärke der saarländischen Polizei in den 90-er Jahren drastisch reduziert wurde. Trotz der derzeitigen löblichen Bemühungen der CDU-Landesregierung, die Polizei personell wieder aufzubauen, sind spürbare Ergebnisse erst mittelfristig zu erwarten. Die GdP fragt sich, wie der vorbildliche Motivationsstand der Kolleginnen und Kollegen, die nicht zuletzt durch zahlreiche Sondereinsätze bis an die Schmerzgrenze belastet sind, gehalten werden soll, wenn gleichzeitig die Politik die wirtschaftlichen Lebensgrundlagen der Polizeibeschäftigten massiv zu beeinträchtigen droht.“**

**Die GdP bittet jetzt auch auf diesem Weg die Bürgerinnen und Bürger um Hilfe, damit sie sich bei den Politikern für die Erhaltung eines rundum bundeseinheitlichen Besoldungsgefüges einzusetzen, das dann auch weiterhin für die saarländischen Polizistinnen und Polizisten gelten soll. Sie tut dies, weil den beamteten Polizeibeschäftigten das Streikrecht nicht zusteht und sie sich daher selber nicht durch arbeitsrechtliche Kampfmaßnahmen gegen diesen Sozialabbau zur Wehr setzen können. Die Polizeibeschäftigten sind zuversichtlich, auf die Unterstützung der Öffentlichkeit setzen zu können, weil das Vertrauen der Saarländerinnen und Saarländer in ihre Polizei – wie unabhängige Erhebungen überdeutlich gezeigt haben – groß und stark ist.**

**Hugo Müller bittet die Saarländerinnen und Saarländer, durch die Übersendung der beigefügten Postkarte, die ausgefüllt und unterschrieben werden müsste, an den saarländischen Ministerpräsidenten den Kampf der GdP gegen die Öffnungsklausel zu unterstützen.**